

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Gesundheitsausschuss
am 23.01.2007**

Deutsche Klinik für Diagnostik, Aukammallee 33, 65191 Wiesbaden

Vorsitz : Stv. Richard Abt (BLW)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Eine Aufzeichnung der Sitzung auf Tonträger erfolgt nicht.

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Vor Beginn der Sitzung besichtigt der Ausschuss die Station für Knochenmarktransplantation in der DKD.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde verteilt Herr Linder (Linke Liste) Unterlagen zur Schadstoffkonzentration im Trinkwasser (s. dazu Beschluss Nr. 3 zu Verschiedenes).

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschuss am 23.01.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellen der Ärztliche Direktor der DKD, Herr Prof. Dr. Rett, und Herr PD Dr. Schwerdtfeger das Konzept und das Leistungsspektrum der Station für Knochenmarktransplantation vor.

Tagesordnung

0001 07-F-25-0005
Konzeptionelle Weiterentwicklung des Amtes der Patientenfürsprecher
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.01.2007 -

Es ist einhellige Meinung im Ausschuss, dass das Amt des Patientenfürsprechers mehr bekannt gemacht werden muss. Es könnte z.B. in der Presse einen Hinweis zu dieser Einrichtung geben.

Der Ausschuss hat sich über die Jahre des öfteren mit der Problematik beschäftigt. Bisher ist es aber nicht gelungen, den Bekanntheitsgrad bzw. die Akzeptanz zu erhöhen.

Stv. Kopp weist darauf hin, dass es wahrscheinlich schwierig bleiben wird, die Patientenfürsprecher mehr ins Rampenlicht zu rücken, da man sich meistens nach einem Krankenhausaufenthalt über Misstände beschwert und nicht während des Krankenhausaufenthaltes. Sie hätte in früheren Zeit mehr Beschwerden entgegen genommen, als der Patientenfürsprecher.

Der Antrag wird angenommen.

einstimmig

0002 07-F-01-0007
HSK / Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden für ihr Krankenhaus
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.11.2006 -

Dieser Antrag wurde im Dezember-Sitzungszug wortgleich in den Ausschüssen für Soziales und Finanzen/Wirtschaft/Beschäftigung gestellt und jeweils abgelehnt.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Aussetzung der Pachtzahlung in Höhe von 600.000 € erstens keinen geringen Betrag darstellt und zweitens dadurch ein Signal der Stadt in Erhaltung der HSK sein könnte, ein Zeichen dafür, dass die Stadt alles tut, um die Klinik als städtische Einrichtung zu erhalten. Zur Zeit glaube kaum jemand noch daran, dass die HSK nicht privatisiert werde.

Stv. Dr. Völker verweist auf die zweimalige Ablehnung im vergangenen Sitzungszug und hält sowohl den Betrag von 600.000 € für symbolhaft. Außerdem ist eine umfangreiche Umstrukturierung geplant, die es abzuwarten gilt.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und gegen die Stimmen von SPD und BLW abgelehnt.

gegen die Stimmen von SPD und BLW abgelehnt

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschuss am 23.01.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0003 Verschiedenes

1. Dem Ausschuss werden Unterlagen zur Schadstoffbelastung im Trinkwasser von Herrn Linder (Linke Liste) vorgelegt. Die Unterlagen sind umfangreich und können in der laufenden Sitzung kein Thema sein. Die Fraktionen werden prüfen, ob und in welcher Form das Thema aufgegriffen werden soll.
2. Der Ausschuss wird sich in der nächsten Sitzung im Rathaus treffen. Zukünftig sollen neben Krankenhäusern auch andere Einrichtungen besucht werden (z.B. die Aids-Beratungsstelle, das Gesundheitsamt).
Bei einem Besuch des Gesundheitsamtes könnte u.a. über die Zukunft des Amtes berichtet und die Impfproblematik angesprochen werden.
3. Für die Sitzung nach der Sommerpause wird ein Besuch der Aukamm-Klinik vorgesehen, da Frau Riedel (Verwaltungsleiterin DKD) zur Aukamm-Klinik wechselt und der Kontakt aufrecht erhalten werden soll.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . Januar 2007

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

weitere Schriftführerin

Abt

Ruf

Koba